Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8873**

18. Wahlperiode 22.06.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Annalena Baerbock, Özcan Mutlu, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/7048 –

Für ein Rahmenprogramm für Klima- und Klimafolgenforschung

A. Problem

Einen effektiven und wirksamen Klimaschutz kann es ohne eine nachhaltige und zukunftsorientierte Klimapolitik nicht geben. So wurde zuerst durch wissenschaftliche Prognosen auf die Gefahren einer fortschreitenden, menschengemachten Klimakrise hingewiesen. Deutschland betreibt seit Jahrzehnten Klimaforschung auf internationalem Spitzenniveau. Doch die von der Bundesregierung für sich beanspruchte politische und wirtschaftliche Vorreiterrolle beim Klimaschutz hat Deutschland längst eingebüßt. Eine Maßnahmeagenda zur Umsetzung der auf dem G7-Gipfel in Elmau unter der deutschen Präsidentschaft vereinbarten Dekarbonisierung der Weltwirtschaft ist noch nicht in Sicht.

B. Lösung

Neben einer aktiven und wirkungsvollen Politik zur Minderung von Treibhausgasemissionen muss Deutschland auch die Klimaforschung als einen zentralen Bestandteil seiner Klimapolitik und eine auf Nachhaltigkeit setzende Forschungsstrategie ausbauen. In letzter Zeit ist die Klimaforschung hinter der Energieforschung ins Hintertreffen geraten. Es ist notwendig, ein eigenständiges und ressortübergreifendes, alle Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Klima- und Klimafolgenforschung bündelndes und offenes Forschungsbedarf identifizierendes Klimarahmenprogramm, zu entwickeln. Nur so können Gegen- und Anpassungsstrategien entwickelt und die Folgen des Klimawandels beherrschbar gehalten werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 18/7048.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/7048 abzulehnen.

Berlin, den 13. April 2016

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Patricia Lips
Vorsitzende

Sybille Benning
Berichterstatterin

René Röspel
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sybille Benning, René Röspel, Dr. Rosemarie Hein und Kai Gehring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/7048** in seiner 152. Sitzung am 28. Januar 2016 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Einen effektiven und wirksamen Klimaschutz könne es nach Auffassung der Antragsteller ohne die Ergebnisse der Klima- und Klimafolgenforschung nicht geben. Daher sei die Klimaforschung eine zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Klimapolitik. So seien es wissenschaftliche Prognosen gewesen, die erstmals auf die Gefahren einer fortschreitenden, menschengemachten Klimakrise hingewiesen hätten. Insbesondere das auf dem G7-Gipfel in Elmau unter der deutschen Präsidentschaft vereinbarte Ziel der Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis Ende des 21. Jahrhunderts sei ohne eine weitere intensive Klimaforschung nicht zu erreichen.

Die Klimaforschung, die eine präventive, risikominimierende, klimaschützende und folgenabschätzende Wirkung habe, sei neben anderem auch deswegen von hoher Bedeutung, weil die Klimakrise in besonderer Weise auch die Verknappung lebenswichtiger Ressourcen wie Wasser beeinflusse. Dabei sei es eine zentrale Einsicht der Klimaforschung, dass der Mensch Hauptverursacher der Klimakrise sei. Auch könne die Klimaforschung Konflikte vermeiden, da sie regionale Verteilungskonflikte vorhersehen helfen könne.

Die bisherige Politik der Bundesregierung gehe die bestehenden Defizite in der Klimaforschung und Klimafolgenforschung nicht an. Vielmehr müsse ein strategischer Ansatz mit Hilfe eines eigenen Rahmenprogramms für Klimaforschung geschaffen werden, um Forschungsergebnisse für handlungsleitende und regionale Vorhersagen besser zu ermöglichen. Das Rahmenprogramm solle ressortübergreifend alle Förderaktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Klima- und Klimafolgenforschung miteinander verknüpfen, weiterentwickeln und stärken.

Auf der Grundlage dieses Rahmenprogramms soll das Wissen über die Folgen der Klimakrise mit Blick auf Gesellschaft und Natur vertieft werden. Forschungslücken sollten insbesondere in Hinblick darauf, wie die Klimakrise in Gesellschaft, Politik und Medien wahrgenommen und behandelt werde, geschlossen werden. Auch gebe es in der anwendungsorientierten Forschung derzeit Wissenslücken bezüglich der besseren Verbreitung klimaverträglicher Technologien. Das Rahmenprogramm für Klima- und Klimafolgenforschung soll diese und weitere zentrale Fragen aufgrund seines integrativen Ansatzes, der das Wissen verschiedener Disziplinen berücksichtigt, klären helfen. Dies werde insbesondere auch dazu dienen, Defizite in diesem Bereich, die mit hohen gesellschaftlichen Schäden einherzugehen drohen, abzuwenden. Dabei werde es hilfreich sein, Forschungsprojekte auch in Zusammenarbeit mit nichtwissenschaftlichen Akteuren in der Gesellschaft zu erarbeiten.

Mit diesem Rahmenprogramm sollen insbesondere

– durchgängig interdisziplinäre Ansätze in der Klimaforschung im Begutachtungsprozess gestärkt werden;
– transdisziplinäre Forschungsansätze umfassend verankert werden;
– disziplinäre Ansätze in den Gesellschafts- und Sozialwissenschaften, einschließlich der Grundlagenforschung, sowie im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung gestärkt bzw. aufgebaut und systematisch mit der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Forschung vernetzt werden;
– Klimarisiken besser erforscht und bewertet sowie daraus Klima-Risiko-Managementsysteme entwickelt werden;
– Maßnahmen, die die internationale Zusammenarbeit in der Klimaforschung fördern, weiter ausgebaut werden;

– Schwerpunkte auf die Klimaforschung im Bereich der Klimamodellierung, regionale Aspekte der simulierten Klimaänderungen sowie die Klimafolgenforschung, insbesondere bezüglich regionaler Unterschiede und Interaktionen mit anderen gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Wandlungsprozessen, gesetzt werden;
– Forschungsansätze zu Wissenstransfer und Kommunikation in besonderer Weise berücksichtigt werden, also Ansätze sowohl zur Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse der Klimaforschung in Politik und Gesellschaft als auch zur Erkenntnisgewinnung aus der Gesellschaft für die Klimaforschung;
– Forschungsprojekte dahingehend unterstützt werden und Maßnahmen auf internationaler Ebene ergriffen werden, dass Klimaforscherinnen und -forscher besseren Zugang zur Feldforschung, z. B. in den Gletschern des Himalaya, und zu Messdaten, haben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** und der mitberatende **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** haben jeweils in der Sitzung am 13. April 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/7048 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 13. April 2016 abschließend beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/7048 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **CDU/CSU-Fraktion** weist zunächst darauf hin, dass der Antrag bereits im Plenum ausführlich diskutiert worden sei. Im Antrag werde behauptet, dass Deutschland seine Vorreiterrolle im Klimaschutz verloren habe und ein neues, eigenständiges Forschungsrahmenprogramm für die Klima- und Klimafolgenforschung unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nötig sei, so dass als Konsequenz die Aktivitäten der Bundesregierung in diesem Bereich gestärkt und gebündelt würden. Nach Auffassung der Antragsteller bestünden Defizite, wodurch zentrale Erkenntnisse der Klimaforschung nicht umgesetzt würden, während ein eigenes Rahmenprogramm gewährleiste, dass die Erkenntnisse des Klimaschutz- und Klimafolgenforschung besser genutzt werden könnten. Auch komme im Antrag die Sorge zum Ausdruck, dass die Klimaforschung gegenüber der Energieforschung ins Hintertreffen gerate.

Die Fraktion der CDU/CSU sei ebenfalls der Ansicht, dass die Klimaforschung gestärkt werden sollte und die integrierenden und entscheidungsrelevanten Ansätze in der Klimaforschung wichtig seien. Es sei aber aus ihrer Sicht ebenso wichtig, dass die Klimaforschung ein Bestandteil der Klimapolitik der Bundesregierung sein müsse. Es sei zu kritisieren, dass der Antrag vieles miteinander vermische, was zu der Mutmaßung veranlasse, dass mehr Transformationsforschung gefordert werde und dass diese Forschung die Transformation der Gesellschaft zum Ziel habe. Es sei nicht klar, ob der Antrag das Ziel habe, eine Transformation der Gesellschaft zu fördern und wer mit wem zusammenwirken solle. Es sei aber auch für die CDU/CSU-Fraktion klar, dass Klima- und Energieforschung betrieben werden müssten und Voraussetzungen für den Klimaschutz seien. In diesem Zusammenhang sei auf das Programm „Forschung für nachhaltige Entwicklung“ (FONA) zu verweisen, in dem die Klimaforschung eine tragende Säule sei. Die anwendungsorientierte Forschung bei FONA habe bei FONA 3 nochmals ein besonderes Gewicht bekommen.

Zu dem im Antrag behaupteten Verlust der Vorreiterrolle Deutschlands in der Klimaforschung sei zu sagen, dass die deutsche Klimaforschung weiterhin Spitzenforschung sei. Hier seien die Programme „Green Economy“, „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowie die „Citizen Science“ zu nennen. Dies seien Programme, die einen Bewusstseinswandel einleiteten. Insbesondere das Programm „Citizen Science“ bezöge die Bürger in die Klimaforschung mit ein. Diese Projekte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung leiteten sich bereits aus dem klimapolitischen Prozess ab. Die CDU/CSU-Fraktion schließt sich der Forderung der Antragsteller an, dass die integrierenden und entscheidungsrelevanten Ansätze in der Klimaforschung weiter gestärkt und unterstützt werden sollten, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass dies nicht notwendigerweise mit einem neuen Rahmenprogramm erfolgen müsse, sondern dass die vorhandenen Programme dafür ausreichten.

Abschließend weist die Fraktion der CDU/CSU darauf hin, dass sie für eine exzellente Klimaforschung in Deutschland stehe. Zwar sei es aus wissenschaftlicher Sicht nicht haltbar, dass der Klimawandel ausschließlich von Menschen gemacht sei, da das Klima über Jahrhunderte nie konstant geblieben sei. Präzise formuliert werde über eine globale Erwärmung gesprochen und es gebe einen weitestgehenden wissenschaftlichen Konsens über einen menschlichen Anteil in Bezug auf einen erhöhten Treibhausgasausstoß insbesondere von CO_2. Es sei allerdings auch eine fundamentale Erkenntnis, dass das Klima nicht plötzlich konstant bleibe, wenn sämtliche von Menschen ausgehende Faktoren ausgeschaltet werden würden. Man müsse daher feststellen, dass der Klimawandel verschiedene Ursachen habe und sehr vielschichtig sei. Daher betreibe das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine international hochanerkannte Klimaforschung, die sowohl interdisziplinär als auch facettenreich betrieben werden müsse. Es sei wichtig, dass nicht nur ein Ministerium, sondern viele Ministerien daran arbeiteten. So sei positiv hervorzuheben, dass durch FONA bereits vieles auf den Weg und in die Märkte gebracht worden sei.

Die **Fraktion der SPD** erklärt, dass sie viele Ziele des Antrags unterstütze, jedoch der Auffassung sei, dass diese bereits umgesetzt würden. Es sei daher nicht sicher, dass ein neues Rahmenprogramm der richtige Ansatz sei, zumal insbesondere die durchgehende Vermischung von Klimaforschung und Klimaschutz in dem Antrag störe. Dadurch könne der Eindruck entstehen – was sie der antragstellenden Fraktion nicht unterstellen wolle –, dass wissenschaftliche Erkenntnisse abzuwarten und erst dann zu handeln sei. Eine solche Vermischung finde auch in dem Antrag auf Seite 2 beim Aktionsprogramm „Klimaschutz 2020“ statt. Bei diesem Programm gehe es um eine Anwendung für den Klimaschutz, nämlich bestehende Gebäude und andere Systeme bereits heute energiesparender und klimafreundlicher auszustatten. Eine solche Vermischung spiele denjenigen in die Hände, die sich darauf beriefen, erst validierende Ergebnisse abzuwarten, die nachwiesen, dass der Klimaschutz wirklich menschengemacht sei. Hingegen bekräftige die SPD-Fraktion die Notwendigkeit eines Weiterausbaus der Klimaforschung und eine konsequentere Umsetzung des Klimaschutzes. Das deutsche Klimakonsortium arbeite gut zusammen und bestätige, dass die Klimaforschung in Deutschland exzellent aufgestellt sei.

Die SPD-Fraktion setze sich für den weiteren Ausbau der Klimaforschung ein. Wenn es aber um die Wahl zwischen mehr Energieforschung auf der einen Seite und Klimaforschung auf der anderen gehe, würde sie sich für die erstere entscheiden, um auf erneuerbare Energien und Effizienz zu setzen und infolge dessen möglichst wenig CO_2 zu produzieren. Allerdings dürfe aus diesen Forschungsansätzen kein Gegensatz werden. Die Koalition werde in den Haushaltsberatungen darauf achten. Die SPD-Fraktion plädiere für die Verantwortung, die die Politik auch gegenüber künftigen Generationen unabhängig von den Ergebnissen der Klimaforschung habe, weshalb Maßnahmen ergriffen werden müssten, welche den Klimawandel aufhielten.

Es sei aus Sicht der SPD-Fraktion falsch, dass man sich die Wege von der Klimaforschung erst untersuchen und beschreiben lassen müsse, bevor man handle. Zwar unterstelle sie der Antragstellerin eine solche Provokation nicht, allerdings habe der Antrag in dieser Hinsicht eine deutliche Schwäche. Deutschland sei bei der Klimaforschung gut aufgestellt und man sei weiteren Verbesserungen gegenüber offen. Es sei jedoch zu bezweifeln, dass das Rahmenprogramm die richtige Antwort sei. Der Klimaschutz müsse stärker und engagierter betrieben werden. Klimaforschung und Klimaschutz seien aber zwei unterschiedliche Aspekte, die man nicht miteinander vermischen sollte, um nicht diejenigen zu ermuntern, die stets skeptisch gegenüber dem Klimawandel aufträten. Wegen dieses Grundkonflikts und wegen der zum Teil formulierten Forderungen, die als bereits erfüllt angesehen werden müssten, lehne die SPD-Fraktion den Antrag ab.

Die Fraktion **DIE LINKE**. bestätigt, dass die Entwicklung, Veränderung und Folgen des Klimas große Beachtung in der Gesellschaft fänden. Sie stimmt der Kritik der Antragsteller zu, dass die Klima- und Klimafolgenforschung zu wenig systematisch und zielorientiert sei. Sie ergänzt jedoch, dass ein Konzept notwendig sei, mit dem man in der Zukunft weitere Verschärfungen und Eskalationen der Folgen von Klimaveränderungen verhindern könne. Angesichts der Schwierigkeit, auf diesem Gebiet internationale Abkommen zu erzielen, sei die vorliegende Aufgabe groß.

Die Fraktion betont, dass heute kaum noch jemand bezweifle, dass der Klimawandel menschengemacht sei. Gleichwohl bemängelt sie, dass in der Forschungsförderung die Interdisziplinarität und Transdisziplinarität zur Schließung von Forschungslücken fehle. Es gebe zwar einzelne Programme und Projekte, die sich in vielfältigster Weise mit der Thematik befassten, diese seien aber wenig miteinander vernetzt. Sie kritisiert außerdem, dass diese Programme mit einer globalen Minderausgabe im Haushalt belegt seien.

Es gebe zudem wenig Interaktion der Wissenschaft mit gesellschaftlichen Gruppen und die Überführung von Forschungsergebnissen in die Praxis funktioniere nicht richtig. Die Fraktion DIE LINKE. begrüße ein Forschungsrahmenprogramm, welches die Bekämpfung der Ursachen von Klimaveränderungen und Klimawandel betreffe sowie die gesellschaftlichen Strukturen einbeziehe, die zum Klimawandel beitrügen. Ferner erwarte sie konkretere Antworten auf die Fragen, wie man die Diskussion zwischen Wissenschaft und Gesellschaft fördern, wie man die Umsetzung von Forschungsergebnissen im öffentlichen Bereich besser befördern und die Erkenntnisse zügiger in die öffentliche Wahrnehmung umsetzen könne.

Zu der Aussage der Fraktion der CDU/CSU, den Klimawandel nur auf den CO_2-Ausstoß zu reduzieren, erklärt die Fraktion DIE LINKE., dies sei eine zu eindimensionale Sicht. Als Beispiele für klimatische Veränderungen ohne CO_2-Ausstoß als Ursache nennt sie unter anderem den Aralsee, der aufgrund der Bewässerung der Baumwollfelder zu einem großen Teil verschwunden sei, die Abholzung des Regenwaldes sowie den Anbau von Energiepflanzen. Solche Entwicklungen hätten zunächst nur lokalen Einfluss auf das Klima, führten unter Umständen später aber auch zu globalen Veränderungen. Notwendig sei daher, notwendige Forschungen frühzeitig durchzuführen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führt aus, dass es bereits zum Antrag „Für ein Rahmenprogramm für Klima- und Klimafolgenforschung“ eine intensive Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages gegeben habe. Es bestehe Einigkeit, dass durch den durch Menschen gemachten Klimawandel neue Armutsrisiken, neue globale Verteilungsfragen sowie letztlich neue Fluchtursachen entstünden. Sie bekräftigt, dass die ökologischen, aber auch sozialen und regionalen Klimafolgen, intensiver und interdisziplinärer erforscht werden müssten. Für eine zukunftsorientierte Klimapolitik sei es wichtig, valide Forschungsdaten nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler Ebene zu erhalten, um notwendige Maßnahmen ergreifen zu können. Die Fraktion hebt positiv hervor, dass die Klimaforschung in Deutschland international hoch anerkannt sei. Die Fraktion wolle, dass diese Kompetenz weiter gestärkt und gebündelt werde. Ziel des Antrags sei die Forderung eines eigenständigen Forschungsrahmenprogramms zur Klima- und Klimafolgenforschung unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Sie erklärt, dass damit die Aktivitäten der Klimaforschung ressortübergreifend gebündelt und weitergehende Forschungsfragen definiert, identifiziert und priorisiert werden könnten.

Die Fraktion plädiere darüber hinaus für eine schnellere Anwendung von Klimaschutzwissen und transformativem Wissen sowie für eine Verstärkung der interdisziplinären Kooperation des BMBF. Das FONA-Programm werde begrüßt. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei wichtig, additiv zu erfolgreichen Programmen ein Forschungsrahmenprogramm für Klima- und Klimafolgenforschung zu entwickeln. Die Fraktion erwarte einen Mehrwert bei den Forschungsergebnissen sowie beim Transfer und der praktischen Transformation.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führt drei wichtige Aspekte des Antrags auf:

Erstens sei es wichtig, dass insgesamt mehr Klimawissen in der Gesellschaft verankert werde, insbesondere müsse es Strategien für den Wissenstransfer geben, damit die Zivilgesellschaft wisse, dass es darum gehe, ein Co-Design zwischen Verwaltung, Natur- und Gesellschaftswissenschaften und den Akteuren der Zivilgesellschaft zu erreichen.

Zweitens werde die Feststellung getroffen, dass der Klimawandel und die Klimakrise aus Sicht der Fraktion längst stattfinde, sich nach wissenschaftlichen Prognosen verschärfen werde und deshalb die Frage diskutiert werden müsse, wie die Folgen beherrschbar würden. Es werde die Wichtigkeit von Handlungsempfehlungen seitens der Wissenschaft für Gegen- und Anpassungsstrategien hervorgehoben. Dies betreffe z. B. Fragestellungen, wie das Leben in größeren Städten sein werde, wenn es dort im Sommer immer heißer werde, welche Auswirkungen der Klimawandel auf Mensch und Natur habe und wie die massiven Klimaveränderungen im Alltag letztendlich zu bewältigen seien.

Drittens werde gefordert, dass die Strategien und Standards der Klimamodellierung noch besser werden müssten, da es bislang noch Schwierigkeiten bereite, präzise vorherzusagen, wie sich die Klimakrise regional auswirke.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt angesichts einiger Wortmeldungen im Ausschuss klar, dass der Antrag deutlich formuliere, dass die Klimakrise menschengemacht sei, dass Klimaschutz gebraucht werde und die Klimaforschung nochmals deutlich verbessert werden sollte. Es sei unstrittig, dass eine gute und exzellente Klimaforschung und Klimafolgenforschung die Basis seien, um den Klimaschutz in Deutschland zu verbessern.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird erklärt, dass die Stärke des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dem Willen einer grundsätzlichen Stärkung des Themas „Klimaforschung“, die Schwäche allerdings in dessen Schlussfolgerungen liege.

Die Konferenz in Paris habe gezeigt, welche zentrale Rolle die Klimaforschung spiele. Ohne deren nachhaltigen Erkenntnisse und Fortschritte seien die negativen Folgen des Klimawandels nicht zu bewältigen.

Sie weist darauf hin, dass es mit dem FONA-Programm ein Klimaforschungsrahmenprogramm in Deutschland gebe, welches komplementär zur Forschung aufgestellt sei. Sie greift den Hinweis von Seiten der Fraktion der CDU/CSU auf, dass es Sinn mache, wenn unterschiedliche Ministerien mit unterschiedlichem Zugang zur Fragestellungen der Problematik tätig würden. Wichtig sei ein intensiver Austausch, der aber bereits stattfinde.

Das FONA-Programm ermögliche nationale Klimamodellierungen, wodurch Klimatrends abgeschätzt werden könnten. Es gewährleiste eine bessere Integration von Klimainformationen in Planungs- und Investitionsentscheidungen sowie in Politikprozesse. Zudem gebe es eine integrierte Bewertung für Klimapolitik und Innovation, die Kostenrisiken, Chancen von Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen einbeziehe.

Zum Stichwort „Anpassungsstrategie“ führt die Bundesregierung aus, dass es eine interministerielle Arbeitsgruppe gebe. Daraus hätten sich die bundesstaatlichen Programme entwickelt, welche erhebliche – auch internationale – Beachtung fänden. Insgesamt seien sehr große Kompetenznetze geschaffen worden.

Es werde betont, dass in der Bundesregierung verschiedene Initiativen gestartet worden seien, an denen Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft beteiligt würden. Als Beispiel werde das im Bundesministerium für Bildung und Forschung entwickelte Forschungsforum „Energiewende“ angeführt sowie an den klimapolitischen Dialog im Bundesministerium für Umwelt im Rahmen des Förderprogrammes „Ökonomie des Klimawandels“ und an den Klimaschutzplan 2050 in Verantwortung des BMU zur Umsetzung der Schlussfolgerungen erinnert.

Zu den Anmerkungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird ausgeführt, dass ein Agenda-Prozess aufgesetzt worden sei, um ein regionales Klimakataster auf den Weg zu bringen mit dem Ziel, die regionalen Modellierungen zu verbessern. Daran würden bereits die Wissenschaft, die Kommunen sowie die Anwender beteiligt, um die Risiken zu bewerten und gemeinsame Handlungsoptionen zu erarbeiten. Die Bundesregierung sei vor dem Hintergrund der geschilderten Initiativen und Maßnahmen auf dem richtigen Weg.

Berlin, den 13. April 2016

Sybille Benning
Berichterstatterin

René Röspel
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333